



Änderungsantrag

Fraktion DIE LINKE

Sachsen-Anhalt braucht Europa und Internationalität

Antrag Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Drs. 6/1235

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den Bericht der Landesregierung über ihre Aktivitäten auf europäischer und internationaler Ebene. Eine Internationalisierungs- und Europastrategie setzt aber mehr voraus als Aktivitäten zu landespolitischen Zielen. Eine Internationalisierungs- und Europastrategie muss eigenständige Ziele für die Position Sachsen-Anhalts in Europa und der Welt beschreiben.
2. Europa ist mehr als nur eine Quelle zusätzlicher Gelder und eine Ebene politischer Interessenvertretung. Der Europäische Gedanke, Solidarität, Frieden und ökologische Nachhaltigkeit sollten die Leitbilder der Europäischen Integration sein. Die europäische Politik versagt derzeit am fehlenden Finanzausgleich unterschiedlicher Wirtschaftskraft der EU-Mitgliedsländer. Die Sparpolitik entfremdet die europäische Zivilgesellschaft weiter vom elitären Projekt Europäische Union (EU). Es bedarf mehr demokratischer Beteiligung und Mitspracherechte.
3. Ein solidarisches Europa braucht ein solidarisches Sachsen-Anhalt. Eine nur am Nutzen für Sachsen-Anhalt orientierte Internationalisierungs- und Europastrategie konterkariert die zentralen Herausforderungen:
 - a. Sachsen-Anhalt muss weltoffener werden: sieben Todesopfer und Tausende Fälle von Gewalttaten sind in Sachsen-Anhalt auf rechte und rassistische Motive zurückzuführen. Rechtsextremismusprävention und Opferberatung müssen demzufolge ausgebaut werden. Dazu ist eine Ausfinanzierung des Landesprogramms Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit auf eine Million Euro unerlässlich.
 - b. Sachsen-Anhalt braucht Zuwanderung: Einwanderungspolitik darf nicht nach wirtschaftlichen Nützlichkeitskriterien ausgerichtet werden, wie durch die gezielte Anwerbung ausländischer Fachkräfte per „Blue card“. Einwanderung muss zu allererst als Ausdruck für ein weltoffenes und gastfreundliches Europa

(Ausgegeben am 12.07.2012)

und Sachsen-Anhalt verstanden werden. Integration als unverzichtbarer Teil einer fortschrittlichen Migrationspolitik muss den hier lebenden Migrantinnen und Migranten politische Mitbestimmungsrechte geben. Die EU-Grenzschutzagentur Frontex muss aufgrund der inhumanen Abschottungspolitik aufgehoben werden.

- c. Sachsen-Anhalt braucht internationale Kooperation: Zur Umsetzung der UN-Millenniumsziele ist es erforderlich, dass Sachsen-Anhalt eine größere Verantwortung in der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit übernimmt. Es besteht großer Handlungsbedarf hinsichtlich Transparenz und Austausch beim fairen Handel und der öffentlichen Beschaffung im Land.

4. Die Landesregierung wird aufgefordert, ihre Internationalisierungs- und Europastrategie unter Maßgabe der in Punkt 3 genannten Herausforderungen zu überarbeiten, mit Indikatoren und Zielen zu versehen und eine entsprechende personelle Ausstattung für die Koordination solcher Aktivitäten sicher zu stellen.

Begründung

Im Januar 2012 hat die Landesregierung erstmals eine Internationalisierungs- und Europastrategie für Sachsen-Anhalt vorgelegt. Das Leitbild der nutzenorientierten Ausrichtung der internationalen und europäischen Politik wird darin deutlich. Dieser Ansatz wird im Antrag 6/1235 unterstützt und in Bezug auf die Migrationspolitik noch zugespitzt. Der Änderungsantrag fordert einen anderen Ansatz hin zu einer sozialen, solidarischen Politik auf europäischer und internationaler Ebene, beginnend mit sozialer und solidarischer Politik in Sachsen-Anhalt selbst.

Es ist unstrittig, dass Sachsen-Anhalt weltoffener, einwanderungsfreundlicher und kooperativer werden muss. Dies soll jedoch nicht aus rein wirtschaftlichen Erwägungsgründen erfolgen, sondern aus demokratischer und menschenrechtlicher Motivation. Sachsen-Anhalt hat in Bezug auf die Zahl politisch rechts motivierter Gewalttaten pro 100.000 Einwohner/innen seit Jahren einen traurigen Spitzenplatz. Rassistische und rechtsextremistische Einstellungen rücken vom Rand in die gesellschaftliche Mitte. Daher benötigt das Landesprogramm Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit eine deutliche finanzielle Aufstockung zur Prävention. Den hier lebenden Migrantinnen und Migranten sowie Drittstaatenangehörigen muss das Kommunalwahlrecht eingeräumt werden für mehr Mitsprache und es bedarf eines Landesantidiskriminierungsgesetzes. Zuwanderung muss von einer Willkommenskultur getragen sein, die weiter gefasst werden muss, auch für Armutszuwanderung gelten muss. In der Internationalisierungs- und Europastrategie der Landesregierung sowie im Antrag 6/1235 fehlt bei internationaler Kooperation die Eine-Welt-Zusammenarbeit gänzlich.

Wulf Gallert
Fraktionsvorsitzender